

Der freie Personenverkehr

Der freie Personenverkehr betrifft Arbeitnehmer, Selbstständigerwerbende, Erbringer von Dienstleistungen, Empfänger von Dienstleistungen und nicht erwerbstätige Personen (Rentner, Studenten usw.). Nach einer Übergangsfrist von fünf Jahren tritt das Freizügigkeitsabkommen am 1. Juni 2007 vollumfänglich in Kraft (vorbehaltlich möglicher Schutzmassnahmen).

Die wichtigsten Punkte

Ein- und Ausreise

Für die Ein- und Ausreise in die Schweiz genügen ein gültiger Reisepass oder eine gültige Identitätskarte. Die Angehörigen der Vertragsstaaten benötigen für die Ein- oder Ausreise kein Visum.

Aufenthalt und Erwerbstätigkeit

Staatsangehörige der Vertragsstaaten haben ein Aufenthaltsrecht von sechs Monaten, um auf dem Staatsgebiet eines Vertragspartners nach einer Beschäftigung zu suchen. Sobald sie eine Arbeit gefunden haben, geniessen diese Personen das Recht, sich im Staatsgebiet des Bestimmungslandes aufzuhalten und dort eine Erwerbstätigkeit auszuüben. Aus dem allgemeinen Grundsatz der Freizügigkeit ergibt sich für erwerbstätige Personen das Recht auf eine Einreise- und Aufenthaltsbewilligung allein bei Vorlage folgender Unterlagen:

- Arbeitsvertrag
- Einstellungserklärung des Arbeitgebers oder Nachweis über die Ausübung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit
- gültiger Ausweis

Familiennachzug

Das Recht auf Familiennachzug wird ungeachtet der Nationalität für folgende Personen anerkannt: für den Ehegatten und die Nachkommen, die unter 21 Jahren oder unterhaltsberechtig sind, und für unterhaltsberechtigten Verwandte in aufsteigender Linie. Die Aufenthaltsbewilligung wird diesen Personen für die gleiche Dauer erteilt wie dem Inhaber der ursprünglichen Aufenthaltsbewilligung. Die Nachkommen haben das Recht, eine Erwerbstätigkeit auszuüben, und verfügen über einen gleichberechtigten Zugang zu Schule, Ausbildung oder beruflicher Bildung wie Inländer. Für Studierende gilt das Recht auf Familiennachzug ausschliesslich für Nachkommen.

Massnahmen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und der Volksgesundheit

Die gewährten Rechte können ausschliesslich aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit oder der Volksgesundheit eingeschränkt werden. Allfällige Massnahmen müssen auf die Einzelperson und nicht auf eine Personengruppe ausgerichtet sein.

Übersicht über die verschiedenen Regelungen

Die Regelung des Aufenthalts von Arbeitnehmern

Für den Zugang zur Erwerbstätigkeit müssen lediglich folgende Unterlagen beim kantonalen Arbeitsamt vorgelegt werden:

- den Ausweis, mit welchem die Person in die Schweiz eingereist ist (Reisepass, Identitätskarte)
- eine Einstellungserklärung des Arbeitgebers oder eine Arbeitsbescheinigung.

Die Aufenthaltsbewilligung ist für die Dauer des Arbeitsvertrags gültig (Bewilligung L/EG-EFTA), wenn dieser für eine Dauer von mindestens einem Jahr oder andernfalls für eine Dauer von fünf Jahren (Bewilligung B/EG-EFTA) abgeschlossen wurde. Die Aufenthaltsbewilligung gilt für das gesamte Hoheitsgebiet des Aufnahmestaates. Ab 1. Juni 2007 erfordern Aufenthalte unter drei Monaten keine besondere Aufenthaltsbewilligung mehr.

Grenzgänger

Grenzgänger üben eine Erwerbstätigkeit auf dem Hoheitsgebiet eines anderen Staates als ihrem Wohnsitzstaat aus, in welchen sie wöchentlich zurückkehren. Grenzgänger benötigen keine Aufenthaltsbewilligung. Sie erhalten einen besonderen Grenzgänger-Ausweis (Bewilligung G) für das gesamte Hoheitsgebiet des Staates, welcher ihn ausgestellt hat (bis 31. Mai 2007 Gültigkeit nur in den Grenzzonen).

Berufliche und geografische Mobilität

Die Einführung der Freizügigkeit bringt das Recht auf berufliche und geografische Mobilität mit sich. Sie gewährleistet die Möglichkeit des Wechsels von Arbeitgeber, Arbeitsstelle, Beruf oder von einer unselbstständigen zu einer selbstständigen Erwerbstätigkeit (und umgekehrt) sowie des Arbeits- oder des Wohnortes.

Diskriminierungsverbot oder Gebot der Gleichbehandlung

Arbeitnehmer, welche Personenfreizügigkeit geniessen, haben in folgenden Bereichen das Recht auf die gleiche Behandlung wie Inländer:

- Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen, insbesondere in Bezug auf Entlohnung, Kündigung, berufliche Wiedereingliederung oder Wiedereinstellung
- steuerliche und soziale Vergünstigungen
- Zugang zum Unterricht an Berufsschulen oder Umschulungszentren
- Zugang zu einer Wohnung

Selbstständig Erwerbende

Selbstständig Erwerbende geniessen die gleichen Rechte wie ein unselbstständiger Arbeitnehmer. Dies sind Recht auf berufliche und geografische Mobilität sowie auf Familiennachzug und Gleichbehandlung. Selbstständig Erwerbenden wird eine Aufenthaltsbewilligung für die Dauer von fünf Jahren ausgestellt. Diese wird

automatisch verlängert bei Vorlage des Einreisedokuments und des Nachweises, dass die Person selbstständig erwerbstätig ist oder sich als selbstständig Erwerbender niederlassen möchte.

Erbringer von Dienstleistungen

Welche Dienstleistungen sind zulässig?

- Alle Dienstleistungen, welche während höchstens 90 Tagen pro Kalenderjahr erbracht werden. Ausgenommen sind Tätigkeiten der Arbeitsvermittlungs- und -verleihunternehmen sowie bewilligungspflichtige Finanzdienstleistungen, bei denen der Erbringer der Kontrolle durch die staatlichen Behörden unterliegt.
- Die durch ein Abkommen zwischen der Schweiz und der EU (oder der EFTA) oder einem ihrer Mitgliedstaaten liberalisierten Dienstleistungen (zum Beispiel eine im Rahmen des Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen erbrachte Dienstleistung).
- Alle weiteren Dienstleistungen, die von den zuständigen Behörden bewilligt wurden (zum Beispiel Dienstleistungen mit einer Dauer von mehr als 90 Tagen).

Die Regelung des Aufenthalts von Dienstleistungserbringern steht in enger Beziehung zur Dienstleistung selbst:

- Bei Aufenthalten von mehr als 90 Tagen entspricht die Dauer der Aufenthaltsbewilligung der Dauer der Dienstleistung, ungeachtet dessen ob die Person selbstständig oder unselbstständig Erwerbstätig ist.
- Dauert die Dienstleistung weniger als 90 Tage, ist ab dem 1. Juni 2004 keine Aufenthaltsbewilligung mehr erforderlich. Die Dienstleistungserbringer müssen gemeldet werden. Die Aufenthaltsbewilligung gilt für das gesamte Hoheitsgebiet des Staates, in dem die Dienstleistung erbracht wird.

Übergangsbestimmungen für Staatsbürger und Staatsbürgerinnen der 15 EU-Mitgliedstaaten, die dem Abkommen vom 21. Juni 1999 beigetreten sind.

Nach Artikel 5 dieses Abkommens wird der Zugang zu einer wirtschaftlichen Tätigkeit allein durch Kontingente geregelt. Die heutigen Grenzzonen gelten weiterhin.

Was bedeutet das konkret?

- **Kurzaufenthalter-Bewilligungen** können bis zu einer Dauer von zwölf Monaten verlängert werden.
- Personen, die während mindestens 30 Monaten temporär arbeiten, erhalten eine Aufenthaltsbewilligung als Daueraufenthalter.

- **Selbstständig Erwerbende** erhalten eine vorläufige Aufenthaltsbewilligung für sechs Monate. So können sie gegenüber den Behörden nachweisen, dass sie einer selbstständigen Erwerbstätigkeit nachgehen, bevor sie eine endgültige Aufenthaltsbewilligung erhalten.
- Für **Grenzgänger** bleibt die Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit auf die Grenzzonen beschränkt. Jedoch gilt ihre Aufenthaltsbewilligung von nun für alle diese Zonen. Sie geniessen dort unbeschränkte geografische und berufliche Mobilität.

Übergangsbestimmungen für die Staatsbürger und -bürgerinnen der zehn neuen EU-Mitgliedsländer

Ab Inkrafttreten des Zusatzprotokolls und bis zum 31. Mai 2007 werden die in der Schweiz geltenden arbeitsmarktlichen Einschränkungen für Lang- und Kurzaufenthalte von Staatsbürgern und -bürgerinnen aus den neuen EU-Mitgliedsländern beibehalten. Es handelt sich dabei um folgende Massnahmen:

- Vorrang für inländische Arbeitskräfte,
- Überwachung der Lohn- und Arbeitsbedingungen
- progressive Kontingente für die genannten Länder.

Analog zu Artikel 5 des Abkommens, gelten die im Protokoll vorgesehenen Übergangsbestimmungen, insbesondere jene in Bezug auf den Vorrang der in den regulären Arbeitsmarkt integrierten Arbeitnehmer und die Überwachung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, für unselbstständig bzw. selbstständig Erwerbende nicht, die bei Inkrafttreten dieses Abkommens schon berechtigt sind, einer Erwerbstätigkeit im Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten nachzugehen. Sie geniessen auf Grund der Bestimmungen des Abkommens insbesondere geografische und berufliche Mobilität und das Recht auf Familiennachzug. Inhaber einer Aufenthaltsbewilligung für weniger als ein Jahr haben Anspruch auf eine Erneuerung der Bewilligung, und die Kontingentsregelung gilt für sie nicht. Inhaber einer Aufenthaltsbewilligung für ein Jahr oder mehr haben automatisch Anspruch auf eine Verlängerung ihrer Bewilligung. Diese unselbstständig bzw. selbstständig Erwerbenden verfügen daher ab Inkrafttreten des Abkommens über die Rechte im Zusammenhang mit dem freien Personenverkehr, die in den Grundbestimmungen, und namentlich in Artikel 7 dieses Abkommens verankert sind.

Diese Regelung kann durch die Schweiz bis zum 31. Mai 2009 beibehalten werden, nachdem sie dem Gemischten Ausschuss ihre diesbezügliche Absicht mitgeteilt hat. Gegebenenfalls kann eine weitere Verlängerung bis zum 30. April 2011 von der Schweiz verlangt und angewandt werden.

Für Staatsbürger und -bürgerinnen **Maltas** und **Zyperns** gelten die selben Regelungen wie für die Staatsbürger und -bürgerinnen der 15 ursprünglichen EU-Mitgliedsländer.

Nichterwerbstätige

Personen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen (zum Beispiel Rentner oder Studenten), geniessen ein Recht auf Einreise und Aufenthalt, wenn sie:

- über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, so dass sie während des Aufenthaltes nicht die Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen;
- über einen Krankenversicherungsschutz verfügen, der sämtliche Risiken abdeckt.

Nichterwerbstätige erhalten eine Aufenthaltsbewilligung für fünf Jahre oder bei Studenten für die Dauer ihrer Ausbildung. Diese Aufenthaltsbewilligung wird automatisch um fünf Jahre verlängert (bei Studenten: ein Jahr), sofern die oben genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

Flankierende Massnahmen

Gesamtarbeitsverträge

Um Lohndumping zu verhindern, wird es ab 1. Juni 2004 leichter sein, Gesamtarbeitsverträge (GAV) in Branchen, in denen diese Mindestlöhne vorsehen, auszuweiten.

Für eine solche Ausweitung müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein:

- Der Anteil der Arbeitgeber, die an den GAV gebunden sind, muss 30% der Arbeitgeber ausmachen, für die der GAV nach seiner Ausweitung gelten wird.
- Die an den GAV gebundenen Arbeitgeber müssen 30% der Arbeitnehmer der Branche oder des Berufs beschäftigen.

Durch eine paritätische Kommission können nur die Bestimmungen betreffend Entlohnung, Arbeitszeit und Überwachung ausgeweitet werden.

Normalarbeitsverträge

In Branchen und Berufen, in denen es keinen Gesamtarbeitsvertrag und keinen vertraglich festgelegten Mindestlohn gibt, kann ein Normalarbeitsvertrag erlassen werden.

Wenn Löhne wiederholt missbräuchlich unterboten werden, können die kantonalen Behörden durch einen Normalarbeitsvertrag einen verbindlichen Mindestlohn festlegen. Allerdings können die Behörden nicht auf eigene Initiative eingreifen. Der Antrag auf Erlass eines Normalarbeitsvertrags zur Festlegung eines Mindestlohns in der betreffenden Branche muss von einer tripartiten Kommission zur Beobachtung des Arbeitsmarktes ausgehen. Diese muss auch einen konkreten Vorschlag zur Höhe dieses Mindestlohns machen.

Ein solcher Normalarbeitsvertrag hat drei Hauptmerkmale:

- seine Geltungsdauer ist begrenzt,

- er wird nur subsidiär erlassen (wenn es in der betreffenden Branche keinen Gesamtarbeitsvertrag gibt) und
- die Mindestlöhne sind nach Regionen und gegebenenfalls nach Orten innerhalb seines Geltungsbereichs zu differenzieren.

Das Gesetz über die in die Schweiz entsandten ArbeitnehmerInnen

Zweck dieses Gesetzes ist es zu verhindern, dass bei der Ausführung von (öffentlichen oder privaten) Aufträgen durch entsandte ArbeitnehmerInnen die Löhne gegenüber den in der Schweiz wohnhaften Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unterboten werden. Deshalb werden gemäss den in der Schweiz geltenden Standards minimale Arbeits- und Lohnbedingungen festgelegt, die den entsandten Arbeitskräften zu gewähren sind.

Die Liste der einzuhaltenden Standards und der betreffenden Bereiche entspricht den europäischen Richtlinien über

- Arbeits- und Ruhezeit
- Mindestdauer der Ferien
- minimale Entlohnung
- Arbeitsschutz
- Schutz von Schwangeren oder Wöchnerinnen sowie von Kindern und Jugendlichen
- Gleichbehandlung von Frauen und Männern

Weitere Informationen:

Genauere Informationen über Einreisevorschriften, Aufenthalt und Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit können auf der Website des [Bundesamtes für Zuwanderung, Integration und Auswanderung](http://www.bfm.admin.ch) eingesehen werden (www.bfm.admin.ch)

Zusätzliche Antworten auf Fragen zu den flankierenden Massnahmen sind auf Internet unter info@seco.admin.ch oder auf der Website zu den [Arbeitsbedingungen](http://www.seco-admin.ch) (www.seco-admin.ch) des seco zu finden.